



## Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten

(Informationspflicht nach Art. 13 und DS-GVO)

Das Landratsamt Weimarer Land verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke seiner gesetzlichen Aufgabenerledigung im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung. Wir informieren Sie nach Maßgabe des Art. 13 DS-GVO über die Datenverarbeitung.

### 1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

**Verantwortlicher:** Kreis Weimarer Land, vertreten durch die Landrätin, Bahnhofstraße 28, 99510 Apolda

**Verantwortlich für die Datenverarbeitung:**

Geschäftsbereich/ Amt: Sozialamt

Sachgebiet: Schwerbehindertenfeststellungsverfahren/Sinnesbehindertengeld/Blindenhilfe

Kontakt: Telefon: 03644/540-741; Fax: 03644/540-xxx; E-Mail: Post.Sozialamt@WL.Thueringen.de

### 2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreis Weimarer Land, Behördliche Datenschutzbeauftragte, Dienstsitz: Landratsamt Weimarer Land, Bahnhofstraße 28, 99510 Apolda

Telefon: 03644/540-139; Fax: 03644/540-850; E-Mail: Post.Datenschutzbeauftragter@wl.thueringen.de

### 3. Zwecke der Datenverarbeitung

Antragsbearbeitung Blindenhilfe nach § 72 ff. Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)

### 4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) DS-GVO, Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO, § 72 SGB XII. Die Datenerhebung und weitere Datenverarbeitung erfolgt nach § 67a Abs. 2 S. 1 SGB X i. V. m. § 67B Abs. 1 SGB X

### 5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

- |  |  |
|--|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> innerhalb des Verantwortlichen:          | Sachbearbeiter des Sachgebietes<br>Schwerbehindertenfeststellungsverfahren/Sinnesbehindertengeld/Blindenhilfe,<br>Systembeauftragter der eingesetzten Software zur Datenverarbeitung im Rahmen der<br>Sozialhilfeleistungen, Ordnungs- und Rechtsamt im Rechtsstreit/bei anhängigen<br>Klageverfahren, Kreiskasse (Bescheide über Zahlungen/Rückforderungen) |
| <input checked="" type="checkbox"/> Auftragsverarbeiter:                     | IT-Dienstleister der eingesetzten Software zur Datenverarbeitung im Rahmen der<br>Sozialhilfeleistungen  |
| <input checked="" type="checkbox"/> Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): | Sozialgericht/Landessozialgericht im Falle eines Rechtsstreites, Bevollmächtigte,<br>Sozialgerichte  |

### 6. Datenerhebung bei anderen Stellen

Der Sozialhilfeträger oder eine andere nach Landesrecht zuständige Behörde kann zum Zwecke ihrer gesetzlichen Aufgabenerledigung nach dem SGB XII gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c), Abs. 3 DSGVO i. V. m. §§ 67a ff Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), §§ 117 ff SGB XII unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen oder Personen erheben.

Dies können sein: Andere Sozialleistungsträger (z. B. DRV, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Finanzämter, Gerichte, andere Dritte, wie z. B. kommunale Ämter (z. B. andere Sozialämter), Bundeszentralamt für Steuern, Bundesamt für Finanzen, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerbehörden. Des Weiteren können Daten erhoben werden bei: Arbeitsgeber, Ausbildungsbetriebe, Versicherungsunternehmen, Maßnahme- und Bildungsträger, Unterhaltspflichtigen, nicht getrennt lebenden Ehegatten. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden, wie z. B. Internet, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter usw.

### 6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation (Art. 13 Abs. 1 Buchstabe f) DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt:

- ja  nein



## 7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer (Art. 13 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO)

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen gemäß der Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des SGB XII erforderlich ist. Diese beträgt bei abgeschlossenen Akten nach dem SGB XII 10 Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem das letzte Schriftstück zum Akt geschrieben wurde. Bei Akten, die Entscheidungen über Stundung oder unbefristete Niederschlagungen von Rückzahlungsverpflichtungen nach dem SGB XII beinhalten, beträgt die Aufbewahrungsfrist 30 Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem die letzte Entscheidung über Stundung oder unbefristete Niederschlagung getroffen wurde.

## 8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 2 Buchstabe b) DS-GVO)

**Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:**

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Art. 16 DS-GVO)
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DS-GVO zutrifft.
- d) Das Recht zu Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesem Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Art. 18 DS-GVO (Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung), sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Personen benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Behörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Art. 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Art. 21 DS-GVO)

## 9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO

- Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten **beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO**. Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

## 10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt ([www.tlfdi.de](http://www.tlfdi.de)).

## 11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

- gesetzlich vorgeschrieben
- vertraglich vorgeschrieben
- für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen:

- ja
- nein

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat nach § 60 SGB I alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind und auf Verlangen das zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen, sowie Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen und Beweismittel vorzulegen. Demnach sind Sie verpflichtet, dem für die Antragstellung nach § 16 SGB I zuständigen Leistungsträger alle erforderlichen Daten für das beantragte Sozialhilfverfahren anzugeben, wozu auch Ihre personenbezogenen Daten gehören. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben und somit Ihren Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 ff SGB I nicht nachkommen, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet und die Leistung versagt oder entzogen werden.

## 12. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DS-GVO

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DS-GVO:

- ja
- nein

## 13. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

Ihre personenbezogenen Daten werden für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden

- ja
- nein